

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Echalter-Salle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt: Nr. 650-55.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: Mt. 3.50 monatlich, Mt. 11.00 vierteljährlich, ohne Fracht; durch die Post bezogen: Mt. 4.75 monatlich, Mt. 14.25 vierteljährlich, ohne Fracht. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erste Anzeigen Mt. 1.25, auswärtsige Anzeigen Mt. 1.50, örtliche Reklamen Mt. 6-8 auswärtsige Reklamen Mt. 7-8 für die einseitige Kolonialsache oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unersetzlicher Anzeigen entsprechende Nachsch. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Freitag, 30. Juli 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 352. • 68. Jahrgang.

Sturmjahren im Reichstag.

Br. Berlin, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Als man gestern beim Notetat den Haushalt des Reichstags erörterte, regte der Abgeordnete Konrad Haubmann an, die Kollegenschaft möge die Ferienruhe dazu benutzen, zu überlegen, wie die Verhandlungsfähigkeit des hohen Hauses in Zukunft gehoben werden könne. Wie vortrefflich dieser Rat war, erwies gerade der Verlauf der gestrigen Sitzung. Was zur Verhandlung kam, hätte in wenigen Stunden erledigt werden können. Da war zunächst die Lesung des aus der Initiative der Sozialdemokratie hervorgegangenen Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Die Sache ist sozusagen spruchreif. In der Weimarer Verfassung ist diese Aufhebung vorgesehen, die Vorlage stand schon einmal, als sie von der früheren Regierung eingebracht worden war, dicht vor der Annahme. Die ganze praktische Lage erfordert, daß dieser Teil des Antihofes aus dem Wege geräumt wird. Dann hielten es die Deutschnationalen für angebracht, im letzten Augenblick gegen die Aufhebung Sturm zu laufen, und die Deutsche Volkspartei schloß sich ihnen bei diesem Vorstoß selbstmörderisch an. Richtig ist ja, daß hier nicht eigentlich ein Fall vorliegt, mit dem die Koalition steht und fällt. Trotzdem will es uns wenig opportunistisch erscheinen, daß die Volkspartei diesmal gegen die anderen Koalitionsparteien auftritt. An den Dingen ist ja doch nichts mehr zu ändern. Eine Mehrheit für die Vorlage ist vorhanden, und das Kabinett, dem an maßgebenden und einflussreichen Stellen 3 Mitglieder der Volkspartei angehören, ist wie Herr Dr. Gehler gewillt, das Gesetz anzunehmen. Unter diesen Umständen war es kaum möglich, daß die Volkspartei sich wieder zur Rechten schlug. Vollends unnütz erscheint, daß ihr Sprecher, der Abg. Brüninghaus, der sofortigen Vornahme der dritten Lesung widersprach. Dieses indes war der erste Streich. Hernach war man beim Reichsetat und nun ging das Reden an. Beim Kapitel des Reichspräsidenten entließ Herr Vogtherr im ganzen Maß den Hof, den die Unabhängigen gegen den amtierenden Genossen Friedrich Ebert hegten. Noch schlimmer wurde es, als man zum Etat des Reichsjustizministeriums kam. Da erhob sich ein Unabhängiger und dann ein zweiter und begann "Fälle" zu erzählen. Fälle von Niedertracht der Klassenjustiz dieses Klassenstaates, in dem sich kommunistische Raubgesellen immer noch in den Maschen des Gesetzes verstecken. Das alles war unsagbar unehrlich. Denn kurz zuvor hatte Herr Vogtherr ja selber als das Ideal der Unabhängigen, dem sie unentwegt zuzustreben entschlossen seien, die Räte-diktatur proklamiert, die ja auch ein Klassenstaat ist und naturgemäß grundsätzlich nichts anderes als Klassenjustiz üben kann. Es war aber auch schlecht demagogisch, denn die Unabhängigen wissen so genau wie jeder andere, der mit dem Stand der parlamentarischen Dinge vertraut ist, daß sich das Haus in den nächsten Tagen mit den Anträgen zu beschäftigen haben wird, die für die Ruhr- und Rapp-Butsch-Ausständischen eine umfassende und allgemeine Amnestie vorsehen. Herr Dr. Heinze, der zur späten Stunde noch in die Erörterung eingriff, hielt das den Demagogen in kräftigen und passenden Worten vor. Die einzige Antwort war ein Wutgeheul. Aber alledem war ja die Hoffnung, schon am Samstag fertig zu werden, auf den Nullpunkt gesunken. Man spricht jetzt davon, am Montag, vielleicht erst am Dienstag, auseinanderzugehen.

Sitzungsbericht.

Br. Berlin, 29. Juli.

Haus und Triebener sind schwach belegt.
Am Ministertisch Reichswehrminister Gehler.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des vom Abg. Müller-Franken eingebrachten Gesetzentwurfs über die
Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
Abg. Radbruch (Soz.) spricht über den Zusatz zu dem Entwurf, der einzelne Paragraphen des Gesetzes abändern soll. Das Gesetz soll dazu dienen, einer so furchtbaren Justizschmach endlich ein Ende zu bereiten.
Abg. v. Gallwitz (D. Natl.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schutz. Die Militärgerichtsbarkeit sei besser als ihr Ruf.
Abg. Rosenfeld (U. S. V.): Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, daß ein Führer des fluchbeladenen Krieges sich so hinziele, Stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander, Glorifizierung des Präsidenten, dessen Worte doch klar beweisen, daß er gar keine Abnung von den furchtbaren Strafen des Militärstrafrechts habe. (Schallende Beifälle.) Die weiteren Worte des Redners stehen in dem Lärm und in den fortwährenden Unterbrechungen im Zusammenhang verloren. Redner schließt mit den Worten: Die Militärgerichtsbarkeit hat das Vertrauen des Volkes verloren.
Abg. Dr. Bell (Ztr.): Ansehens der veränderten militärischen Verhältnisse ist meine Partei der Ansicht, daß jetzt bürgerliche Gerichte an Stelle der Militärgerichte notwendig sind. Wir erkennen die Zuverlässigkeit und Miltäretreue der Militärgerichte an; aber meines Erachtens sind sie nicht mehr angebracht.
Abg. Brüninghaus (D. Vot.): Herr Dr. Rosenfeld gibt

der Kaste der Offiziere alle Schuld an dem Anfall unseres Volkes. Es werden nicht viele Jahre vergehen, dann wird das Volk die Elemente, die es in das Anfall der Revolution geführt haben, verfolgen. Redner wendet sich dann gegen einige Einzelheiten des Entwurfs und hält die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler. Er schließt mit einem Appell an das Haus, alle möchten nun dafür sorgen, daß die 100 000 Mann der aus entlassenen Reichswehrangehörigen nicht mit zu der Armee der Erwerbslosen zählen, und daß sie ein ausländisches Unterkommen finden möchten.

Abg. Haas (Dem.) steht in der Rede des Vorredners eine der bekanntesten Extratouren der Deutschen Volkspartei. Auch er verleiht nicht die Verdienste der Militärgerichtsbarkeit; aber es seien auch sehr schwere Fehler gemacht worden; übertriebene Milde nach oben und übertriebene Strenge nach unten.

Reichswehrminister Dr. Gehler steht in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gezeichneten Verzeichnisses und erklärt die Zustimmung der Regierung zu dem Gesetzentwurf. Er erhofft davon eine Beruhigung der politischen Atmosphäre, und verleiht eine Reform der bürgerlichen Strafrechtspflege in dem Sinne, daß der Tat schneller die Sühne folgen solle.

Die §§ 1 bis 8 werden angenommen. Zu § 9 beantragen die Unabhängigen das Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Abg. Herzfeld (U. S. V.) begründet den Antrag und verweist auf zahlreiche Fälle, wo bei Fluchtversuchen Verhaftete erschossen wurden. Speziell sei dies der Fall gewesen bei der Verhaftung Baalches und der Erschießung der 15 Thaler Bürger.

Abg. Haas (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müßten doch die Soldaten von der Waffe Gebrauch machen können. So einfach wäre die Sache doch nicht.

Der Antrag betreffs des Schießverbotes für Soldaten wird im Wege des Hammelrungs mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird ohne weitere Aussprache angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Brüninghaus (D. Vot.) Einspruch.

Das Haus tritt fort in die

zweite Lesung des Reichsnotetats

ein.
Abg. Vogtherr (U. S. V.) hält es nicht für zutreffend, daß der Präsident der Republik Herr Ebert über Tod und Leben sei wie leinertzeit die Landesfürsten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erwidert, daß der Vorredner keinerlei Beweise dafür gebracht habe, daß der Reichspräsident die ihm zukommenden Rechte überschritten habe.

Abg. Dr. Bell erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser sei in die Debatte hineingezogen worden und er wolle sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber er betrachte es als seine Pflicht, den ehemaligen deutschen Kaiser genau wie jeden anderen Deutschen gegen persönliche, schändliche und beschimpfende Angriffe zu verteidigen.

Abg. Vogtherr (U. S. V.) beharrt darauf, daß der Präsident Ebert als Sozialist die Pflicht habe, kein Todesurteil zu unterschreiben.

Reichsjustizminister Dr. Heinze stellt Material zur Verfügung, durch das die Benachteiligung aus dem Ruhrgebiet und deren Erledigung in einem anderen Lichte erscheinen, als die Angelegenheit von dem Vorredner hin gestellt worden ist.

Beim Kapitel Reichsstaats wünscht der Abg. Haubmann (Dem.), daß ansehts der großen Aufgaben, die dem Hause noch bevorstehen und ansehts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleiche Frage noch behandeln Mittel gefunden werden, um die Verhandlungsfähigkeit zu stärken; etwa durch eine Einverständnis der Rederei.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium fordert der Abg. Herz (U. S. V.) die Sozialisierung des Bergbaus und der Gasindustrie.

Beim Kapitel Reichsmilitärgerichtsbarkeit bringt der Abg. Rosenfeld (U. S. V.) keine bekannten Klagen wieder vor.

Beim Kapitel Reichsjustizministerium erhebt der Abg. Ludwig Klau gegen die Reichsjustiz, deren Unterorgane den Anordnungen des Justizministers nicht Folge leisten. Dierher achte auch der Fall Dörten.

Vizepräsident und Reichsjustizminister Dr. Heinze: Alle ansehts den Verletzungen der Reichswehr haben nichts mit der Reichsjustiz zu tun. Die Klagen seien sämtlich derart, daß er nicht imstande sei, sie hier alle im einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung zu entziehen, die ihn treffen könne. Er wolle sodann der Gewissenhaftigkeit und Miltäretreue der deutschen Richter eingehendes Lob. Zur Ruhrgebietsfrage erklärt er, daß bislang 1279 Benachteiligungsklagen eingegangen seien, von denen bereits 567 bewilligt worden sind. Aus allen hier vorgebrachten Klagen spräche nur der große Haß gegen die deutsche Justiz.

Das Haus genehmigt dann das Kapitel Reichsjustizministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswehrminister Dr. Gehler: Der Friedensvertrag, der die Befreiung der allgemeinen deutschen Wehrpflicht verlangt, wird eine große Vorlage über diesen Punkt notwendig machen, die aber erst im Herbst kommen wird. Man wird eine des Wünschens der Entente entsprechende Notverordnung zur Verhandlung kommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf morgen vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellationen und kleine Vorlagen. Schluß 7 Uhr 30 nachmittags.

Son parlamentarischen Unterjuchungsausschuh.

Br. T. B. Berlin, 29. Juli. Der parlamentarische Untersuchungsausschuh des Reichstags hat sich über den Fortgang seiner Arbeiten schlüssig gemacht. Öffentliche Bernehmungen vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst werden wahrscheinlich sein. Die Leitung in vier Unterausschüsse wurde beibehalten.

Die Übereinkommen der Alliierten.

Br. Paris, 30. Juli. Bertinart veröffentlicht im "Echo de Paris" die in Sythe und Bouloan getroffenen Übereinkommen wie folgt:

Um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu erleichtern, beabsichtigen die Alliierten die Ausgabe deutscher Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt zu erleichtern nach folgenden Grundlinien:

1. Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und alle Finanzoperationen des deutschen Staates im Ausland kontrollieren.
2. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungen verwendet. Ein Fünftel kann zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwendet werden.
3. Als Garantie für diese Anleihen werden ein Defizit deutscher industrieller Werte, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht endgültig dem einen oder anderen der Alliierten überwiesen wurden, und evtl. der Besitz und die Kassen Deutschlands dienen, betr. deren Art. 248 des Versailles-Vertrages den Alliierten ein Privileg gewährt.

Es handelt sich um alle Einkünfte des Reichs und der Bundesstaaten. Die Alliierten Regierungen ersuchen demnach die Wiedergutmachungskommission, nach Anhörung der Deutschen den Betrag der Entschädigung, die Deutschland den Alliierten schuldet, die Gesamtsumme und die Modalitäten der Jahreszahlungen festzusetzen. Die Alliierten haben außerdem eine Grenze festgesetzt, unter der sie kein Kompromiß annehmen werden. Sie sprachen sich zugunsten von 42 feststehenden Jahresraten von 3 Milliarden Goldmark aus, zu denen noch von 1926 ab 37 weitere Jahresraten treten, die sich schrittweise von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Die Summe dieser Zahlungen in dieser Art vorgesehen ist, beläuft sich bis 1961 auf 270 Milliarden Mark. Um sich dieser Schult zu entledigen, müßte Deutschland während des angegebenen Zeitraums durchschnittlich jährlich 6 Milliarden Mark bezahlen.

Die Wiedergutmachung.

Br. Paris, 29. Juli. Die sozialdemokratische Kammerfraktion hat eine Entschließung eingebracht, die die Regierung auffordert, kein Abkommen über die Wiedergutmachung zu unterzeichnen, ohne die vorherige Zustimmung beider Parlamente.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Br. Berlin, 29. Juli. In der heutigen Sitzung des großen Ausschusses des Reichskohlenrates teilte der Reichskohlenkommissar mit, daß der Lieferungsplan für den Monat August fertiggestellt und der Entente-Kommission vorgelegt sei. Es wird vorgeschlagen, 1 536 000 Tonnen aus dem Ruhrgebiet zu liefern, 64 000 Tonnen aus dem Aachener Gebiet, 200 000 Tonnen aus dem ober-schlesischen Gebiet, 10 000 Tonnen aus dem Rhein-Braunkohlengbiet, 60 000 Tonnen aus dem Mitteldeutschen Braunkohlengbiet. Demnach überfordert die Entente-Kommission 1 720 000 Tonnen aus dem Ruhrgebiet, dagegen nur 136 000 Tonnen Braunkohlen. Es besteht die Hoffnung, daß der deutsche Plan angenommen wird, andererseits würde eine derartige große Lieferung von Steinkohlen, wie die Entente sie fordert, große Schwierigkeiten bereiten. Man hoffe, die geforderte Menge durch folgende Abstriche an der deutschen Versorgung zu erzielen:

1. Für die Eisenbahn soll lediglich der dringende Bedarf geliefert werden.
 2. der Hausbrand soll dieselbe Lieferung erhalten wie im Mai 1920, dagegen sollen 100 000 Tonnen dieser Menge durch Braunkohlenlieferungen ersetzt werden.
 3. die Belieferung der Gaswerke wird auf 70 Prozent herabgesetzt.
 4. Elektrizität und Wasserwerke werden wie im Mai beliefert.
 5. die Austube wird von 236 000 Tonnen auf 100 000 herabgesetzt. Dies sind die Mindestmengen der Verträge mit der Schweiz und Holland.
 6. die Industrie- und Hüttenbetriebe müssen sich eine Kürzung um 41 000 Tonnen Steinkohle und 26 000 Tonnen Braunkohle gefallen lassen.
- Da der August drei Arbeitsstage mehr enthält wie der zum Vergleich herangezogene Monat Mai, besteht die Hoffnung die Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Ausschüsse an die Erhöhung der Förderung werden für die Steinkohlenförderung unzulässig beurteilt, dagegen besteht beabsichtigt, die Braunkohlenförderung zu erhöhen, die von April bis Juni d. J. bereits von 8,8 auf 9,3 Millionen Tonnen gestiegen ist. Die Belieferung von Braunkohle ist von 1,9 auf 2,2 Millionen gestiegen. Es ist beabsichtigt, zunächst in die Gebiete, in denen Torf vorkommt, keine Steinkohlen mehr zu liefern. Ferner ist eine Kohlenkonvention durch Verbindung mit dem Dampf-Kohlen-Konventionverein geplant, durch Sperrung unrationeller Betriebe und der Lagers- und Surrogatindustrie, andrerseits durch Einschränkung des Lichtverbrauchs in den Großstädten, Herabsetzung der Volkseinkünfte.

Das holländisch-deutsche Kreditabkommen.

Br. Haag, 30. Juli. Die Erste Kammer nahm der Gesetzentwurf, betr. den 200-Millionen-Kredit an Deutschland, ohne namentliche Abstimmung an.

Die türkische Friedensdelegation in Paris.

Br. Paris, 30. Juli. (Drahtbericht.) Die türkische Delegation ist gestern abend in Paris eingetroffen und hat sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Seeres begeben.

Die Katastrophe des polnischen Heeres.

Dz. Berlin, 29. Juli. Den Blättern zufolge ist die Katastrophe des polnischen Heeres fast vollendet. Die 16. russische Armee nahm gestern Ossowicz, bei Szuczyn, 4 1/2 Kilometer von der deutschen Grenze, hat russische Reiterei die deutsche Grenze erreicht. In vier Tagen haben die Russen 120 Kilometer zurückgelegt. Auch bei Bialystok findet zurzeit ein verzweifelter Kampf statt.

Bb. Warschau, 29. Juli. Der polnische Rückzug auf der ganzen Front dauert an. Seit drei Tagen findet ein neuer großer russischer Ansturm auf die neue polnische Front nach vorbereiteterem Trommelfeuer statt. Die Nemenlinie ist in ihrer ganzen Breite geworfen. Der polnische Gegenstoß ist bei Grodno in seiner Flanke gefaßt und bis etwa 20 Kilometer von Bialystok zurückgedrückt. Auch die Scharanlinie ist von den Polen verlassen. Die Bolschewiken stehen bei Swislotich und gehen auch in anderen Richtungen vor. Augustowo befindet sich jetzt in den Händen der Russen.

Bb. Mergastrowa, 29. Juli. Über die Lage an der Grenze wird mitgeteilt, daß die polnischen Batterien, Grenzwachen und Zollbehörden zurückgezogen sind. Grodno soll an mehreren Stellen brennen. Die polnische Bevölkerung geht teilweise mit den Truppen zurück. Die Zugerbindung zwischen Grodno und Suwalki besteht nicht mehr.

Ein Dementi des Magdeburger Oberpräsidiums.

Magdeburg, 29. Juli. Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Die „Magdeburger Zeitung“ bringt in Nr. 440 vom 29. Juli eine aus Dresden vom 28. Juli datierte Meldung über die Organisation einer roten Armee in Mitteldeutschland. Die Nachricht, die angeblich aus zuverlässiger Quelle kommt, deren Herkunft aber verschwiegen wird, ist, soweit die Provinz Sachsen in Frage kommt, im ganzen unrichtig. Insbesondere ist es unrichtig, daß in der Provinz Sachsen irgendwelche geschlossene Kampfbereitschaften der Roten Armee bestehen. Bisher ist von keiner Seite dafür ein Beweis erbracht worden. Unrichtig ist ferner, daß in der Provinz Sachsen irgendwelche militärische Vorbereitungen solcher Formationen mit Waffen stattfinden. Ich sei seit den Kapp-Tagen in allen Kreisen der Bevölkerung nach Waffen befindlich. Die Reichsregierung bereitet gegenwärtig in Eile zur Erfassung der Waffenbestände vor.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Bb. Berlin, 29. Juli. Die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei haben gemeinsam im Reichstag den Antrag eingebracht, die Bewirtschaftung sämtlicher Lebensmittel mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch aufzuheben. Die Bewirtschaftung über diesen Antrag wird voraussichtlich in 14 Tagen stattfinden, da man glaubt, daß bis dahin das Ernährungsproblem in Kraft getreten ist und der Ausgang infolgedessen ohne Beteiligung des Reichstagesplanens an den Anträgen im Verordnungswege in Kraft treten kann. Gleichzeitige will ich der Ausschuss mit der Aufhebung der Ausfuhrverordnungen befaßt.

Die Beförderung von Ententetruppen auf deutschen Bahnen.

W. T. B. Berlin, 29. Juli. Zu den schmerzlichen die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Kampfmateriale der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Volkes gegen Volkes Land verwandt würden, erzählt das W. T. B. von zuverlässiger Seite folgendes:

Es gehen regelmäßig Nachschübe zu und von den in den Abtransportabteilungen Ostpreußens, Westpreußens und Ober-Schlesiens stationierten Besatzungstruppen. Die Transporte laufen von Bismarckshaus nach Sagan über die Strecke Frankfurt-Süd, Hranau-Ost, Blankenburg, Erurt, Weihenfeld, Weisbach, Taucha, Eilenburg, Falkenberg, Kottbus, Sagan in der Weise, daß an die reineschienen am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Samstag verkehren. Die Wägen, wie an die Montage, Mittwoch und Freitag verkehrenden Kurierzüge einige Wägen mit Mannschaften und Material, darunter die für die Schutzbatterien der Truppen erforderliche Munition, angehängt werden. Die Transporte gehen von Sagan weiter nach Oppeln für Ober-Schlesien über die Stationen Liegnitz, Kattowitz, Wroclaw, Breslau und Carlsmarkt, während von den am Sonntag und Donnerstag verkehrenden Zügen eine Waggengruppe für West- und Ostpreußen nach Deutsch-Eichen abgemacht wird. Dementsprechend verkehren regelmäßig Nachschübe über dieselben Strecken. Die Transporte dienen dem Zweck, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen. Sie werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Bevölkerung der Ortschaften, welche diese regelmäßigen Transporte passieren, kann nicht nachträglich genug gewarnt werden, von irgend welchen alarmierenden Gerüchten über den Charakter der Transporte sich beeinflussen oder zu einer unbegründeten Haltung ihnen gegenüber sich verleiten zu lassen. Die Transporte erfolgen durchaus in Übereinkunft mit der Auslieferung des Friedensvertrages hinsichtlich der künftigen Abtransportabteilungen, und zwar bereits seit Monaten. Sie stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen und können nicht im Geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Die Regierungsbildung in Thüringen gescheitert.

Magdeburg, 30. Juli. Die „Landeszeitung“ meldet: Die Regierungsbildung in Thüringen ist gescheitert. Nachdem die Mehrheitspartei (Republikaner) erklärt hatten, daß nicht an einer Regierung beteiligt zu werden, in welcher der Landbund, die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei vertreten seien, bestand nur noch die Möglichkeit, aus diesen drei Gruppen und den Demokraten eine Regierung zu bilden, die allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit rechnet, aber doch wenigstens vorläufig die Geschäfte hätte führen können. Die Demokraten konnten sich nicht entscheiden, eine Regierung zu bilden, an der nur Politiker und Beamten teilnehmen sollten, die der Deutschen Volkspartei und dem Landbund angehören.

Freilassung Bela Khuns.

W. T. B. Berlin, 29. Juli. Am 20. Juli ist ein Transport kriegsgefangener Russen, darunter Bela Kun, in Stettin angekommen worden. Am 22. Juli hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung den Antrag auf Auslieferung Bela Khuns stelle. Seitdem ist eine Woche verstrichen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, beschloß die deutsche Regierung, die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Der internationale Sozialistkongress.

W. T. B. Paris, 29. Juli. Nach einer Meldung der Agentur „Journier“ aus Genf, ist der Generalsekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, Camille Huysmans, schon in Genf eingetroffen. Er habe die Absicht kundgegeben, sein Amt als Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus niederzulegen, um sich vollständige Aktionsfreiheit innerhalb der sozialistischen Partei vorzubehalten. Er glaubt, daß in der Frage der Verantwortlichkeit sich die Deutschen konsultant zeigen werden. Nur eine Frage scheint ihm schwierig zu sein, die der Einheit. Aber er ist der Ansicht, daß dieses Ziel sich auch in 3 bis 4 Jahren erreichen lassen werde.

Der künftige König von Syrien.

Magdeburg, 28. Juli. Im englischen Unterhaus wurde erklärt, daß man dem Emir Feysal die Würde eines Königs von Syrien antragen werde.

Wiesbadener Nachrichten.

Eine neue Kettenhandels-Entscheidung.

Von ganz besonderem Interesse ist eine kürzlich ergangene Entscheidung, in der das Reichsgericht die viel umstrittene Frage des verbotenen Kettenhandels von einem neuen Gesichtspunkt aus beleuchtet; es macht darin für den Begriff des Kettenhandels einen wesentlichen Unterschied zwischen der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Einschlebung eines Zwischenhändlers in den Verteilungsprozess einer Ware; mag auch die Einschlebung nicht notwendig gewesen sein, so liegt doch kein verbotener Kettenhandel vor, wenn sie, als eine Einrichtung des normalen Handels, für die Warenverteilung zweckmäßig war. Es handelte sich bei dem Streitfall um folgendes:

Die Firma F., eine Hamburger Großhändlerin, kaufte am 31. Juli 1918 3000 in Berlin lagernde Flaschen Kognakverpackung von dem Kaufmann L., einem Berliner Großhändler, zum Preis von 29 M. für die Flasche und verkaufte sie noch am selben Tage zu 32,50 M. pro Flasche an eine andere Hamburger Großhändlerfirma, die sie ihrerseits zu einem noch höheren Preis an einen Gastwirtverband in Königsberg i. Pr. weiterverkauft. Der erste Verkäufer L. hat nur 900 Flaschen geliefert. Wegen Nichtlieferung der restlichen 2100 Flaschen klagte seine Abkäuferin, die Firma F., gegen ihn auf Schadenersatz. Der Beklagte L. wandte hiergegen ein, das Geschäft sei wegen Kettenhandels nichtig.

Das Landgericht I zu Berlin und ebenso das Kammergericht entsprachen diesem Einwand und wiesen deshalb die Klage ab. Das Reichsgericht hob aber diese Entscheidung auf und verwies die Sache an das Kammergericht zurück. Zur Begründung führt der höchste Gerichtshof aus: Das Kammergericht meint, das Zwischentreten der Klägerin zwischen den Beklagten und den Königsberger Gastwirtverband sei weder zweckmäßig noch notwendig gewesen; aus dem Überwiegen der Nachfrage über das Angebot folge, daß der Beklagte zur Zeit des Vertragsabschlusses in der Lage gewesen sei, durch einfaches Angebot den Kognak unmittelbar an eine mit dem Ankauf für die Verbraucher beauftragte Firma zu verkaufen. Allein dies spricht wohl gegen die Notwendigkeit, nicht aber gegen die Zweckmäßigkeit der Einschlebung der Klägerin. Die Klägerin ist nach ihrer Behauptung keine Gelegenheitshändlerin, sondern eine im Kognakhandel seit Jahren tätige Firma. Sie behauptet ferner, daß gerade Hamburg einer der Hauptmärkte sei, auf dem ständig nicht nur Erzeuger, sondern auch sonstige Verkäufer größerer Kognakvorräte ihre Ware an den Mann zu bringen und Kleinhändler und Verbraucher aus den verschiedensten Gegenden ihren Bedarf an Kognak zu decken suchten, sowie daß sich das Hamburger Geschäft regelmäßig in der Weise abwickle, daß dem einen Großhändler die Nachfrage, dem anderen das Angebot zugehe, und daß für gewöhnlich beide mit ihren ausmündigen Lieferanten oder Abnehmern und miteinander durch Wasser in Verbindung gebracht würden. Gegen die Zweckmäßigkeit und die geschäftliche Lauterkeit eines derartigen Warenumschlagverfahrens im Rahmen der Friedenswirtschaft erhebt das Kammergericht selbst kein Bedenken, sondern nur innerhalb der Kriegswirtschaft. Durch die den Kettenhandel verbietende Preistreibeinordnung vom 8. Mai 1918 sollte nun aber keineswegs jeder für den Ablauf an Verbraucher irgend erheblicher Zwischenhandel ausgeschaltet werden. Vielmehr entsprach es gerade dem Interesse einer geordneten Wirtschaft, solche Einrichtungen des normalen Handels, die sich im Frieden für die Warenverteilung bewährt hatten, auch im Krieg beizubehalten. Erfüllung der Hamburger Markt mit seiner Organisation zur Friedenszeit die Aufgabe, weite Verbraucherkreise mit Kognak zu versorgen, so hätte möglicherweise die Ausschaltung jener Organisation oder des einen oder anderen ihrer Glieder im Krieg der Allgemeinheit einen Nachteil gebracht, der den mit der Ausschaltung verbundenen Vorteil der geringeren Verteuerung der Ware weit übersteigt. Bei dem Überwiegen der Nachfrage war der Kognakbesitzer in der Verbraucherhaft leicht irgend einen Abnehmer fand, als damit, daß die Verbraucherhaft ihren Bedarf dort decken konnte, wo sie ihn zu decken gewohnt war, und daß so eine dem wirklichen Bedürfnis mehr entsprechende Verteilung der Ware herbeigeführt wurde. (Urteilssachen: II. 528/19. — 4. 5. 20.)

Nach dem Milchstreit. Gegen das Strafkammerurteil, welches vier Milchproduzenten wegen verweigerter Milchlieferung in je 500 M. Geldstrafe nahm, ist die Revision angemeldet worden.

Wartenteiler Fleischverkauf. Am Samstag gelangt außer der allwöchentlichen Fleischverteilung frisches Rindfleisch marktfrei zum Verkauf. Näheres siehe Anzeigenteil.

Wichtig für Versicherungspflichtige! Wie uns das Presseamt des Magistrats mitteilt, haben die Beitragsmärkte für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in ihrer jetzigen Höhe nur noch bis Ende dieses Monats Gültigkeit. Für die Zeit nach dem 1. August d. J. belaufen sich die Wochenbeiträge der Lohnklasse 1, 2 und 3 auf 90 Pf., 1 M. bzw. 1,10 M. und die der Lohnklasse 4 und 5 auf 1,20 M. bzw. 1,40 M.

Verbilligung des Hausbrandes? Im Reichswirtschaftsministerium finden, wie aus Berlin berichtet wird, gegenwärtig Beratungen statt, um eine Verbilligung der Hausbrandölbe herbeizuführen. Man ist geneigt, diese Verbilligung dadurch zu erreichen, daß man die Kohlensteuer von 20 Prozent auf den Bedarf der Industrie schätzt. Wie die Kohlensteuer uns auf Betragen mitteilt, sind solche Bestrebungen auch hier im Gange, aber über ein vorbereitendes Stadium noch nicht hinausgetreten.

Posthalterei. Vom 2. August ab werden die Posthalterei bei dem Postamt 1 (Rheinstraße) und bei den Zweigpostämtern bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen. Die Dienststunden der übrigen Schalterstellen bleiben unverändert.

Von der Straßenbahn. Der Fahrpreis der Straßenbahn beträgt ab 1. August auch auf der Linie Doyheim-Bierstadt für drei Teilstrecken (Rindfleisch) 50 Pf.

Kraftfahrwesen. Wie uns aus dem Sekretariat des Wiesbadener Automobilklubs mitgeteilt wird, sind auf Betreiben des Reichsamts für Luft- und Kraftfahrwesen die in verschiedenen Gliedstaaten vorhandenen verworrenen Verord-

nungen, betreffend das Verbot des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen sowie zur Nachtzeit mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden, so in Bayern, Württemberg und Hessen. Da das Auto immer mehr, besonders bei den heutigen Zuständen und schlechten Verbindungen der Eisenbahnen ein Verkehrsmittel weite Kreise wird, so darf man von dieser Aufhebung von verkehrsrechtlichen Verboten gewiß mit Befriedigung Kenntnis nehmen. Dofentlich folgt die Aufhebung der Verordnung vom 25. Februar 1915, betr. Zulassung von Kraftfahrzeugen, bald nach, so daß das Kraftfahrwesen in absehbarer Zeit wieder voll in seine Rechte treten kann.

Zurückverkehrt wegen Wohnungsmangel. Daß im untern Nachbarkräften die Wohnungsnot ebenso groß, wenn nicht noch größer ist als in Wiesbaden, geht aus folgendem Bericht aus Frankfurt a. M. hervor: Der Landesdirektor Gehmann ist nach Hannover zurückverkehrt worden, weil er hier keine Wohnung bekommen konnte.

Neuausgabe von Erlaß. Da die herrschende Knappheit an kleinen Zahlungsmitteln trotz der verstärkten Neuausprägung von 50-, 10- und 5-Pfennigstücken bisher nicht behoben werden konnte, haben die zuständigen Minister die Neuausgabe von Erlaßwertzeichen für 50 Pf. und kleinere Beträge und die Verlängerung der Umlauffrist solcher Erlaßwertzeichen auch weiterhin in dringenden Fällen zugelassen. Die bereits ausgegebenen Erlasse über Ausgabe und Genehmigung der Erlaßwertzeichen sind deshalb wieder in Kraft gesetzt worden. Anträge sind vom Regierungspräsidenten zu entscheiden. Die Umlauffrist des neu zu genehmigenden Erlasses soll zunächst auf den 31. Dezember beschränkt werden.

Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände. Aus Berlin wird berichtet: Der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind in den letzten Wochen wieder zahlreiche Verbände beigetreten, so u. a. der Deutsche Brauerbund, Berlin-Charlottenburg, der Arbeitgeberverband der deutschen Lederindustrie, der Verband der deutschen Schmieden zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen, der Verband deutscher Koshaarwinnevereine, der Bund der deutschen Zementwaren- und Kunststeinindustrie, der Arbeitgeberverband der Mitteldeutschen Salinenindustrie, der Arbeitgeberverband der Rade-Kreuznach, der Arbeitgeberverband der sächsischen Sägewerkindustrie, der Arbeitgeberverband für das Transport-, Handels- und Verkehrsgebiet im Saar- und Saarbrücken, die Vereinigung niederdeutscher Arbeitgeberverbände, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Ruhr-Südwestens und Ober-Schlesiens-Gebiet und das Chemische Laboratorium für die Tonindustrie-Berlin.

Jugendpflege. Am vergangenen Sonntag fand in Homburg v. d. S. eine Jugendführerbesprechung innerhalb des Rhein-We-er-Gaus im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband statt, an der eine große Zahl Vertreter aus Hesse und Hessen-Nassau erschienen waren. Herr Gaujugendwart K. o. a. (Wiesbaden), der die Veranstaltung leitete, berichtete von großen Erfolgen in der Jugendpflege, die seit Kriegsende zu verzeichnen sind. An führender Stelle im Gau stehen die Jugendabteilungen Wiesbaden, Mainz und Frankfurt. Die Führer waren sich über ihre verantwortungsvollen Tätigkeit bewusst; besonders lebhaft war die Besprechung nach dem Vortrag des Gaujugendwarts über unsere Jugendpflegeaufgaben in der nächsten Zeit, die der Erleichterung unserer Jugend in geistiger, berufswissenschaftlicher und körperlicher Beziehung gilt und die die besten Ergebnisse zeitigte.

Der Geldschrank in der Mühle. Aus Homburg v. d. S. wird uns berichtet: Auf der Haritzmühle im Taunus erschienen mehrere Tage nacheinander drei Herren, die sich fälschlicherweise als Frankfurter Kriminalbeamte ausgaben und angeblich den Auftrag hatten, nach Kallischheim aus der bekannten Kallischheinfabrik von Vergott zu suchen, die angeblich im Besitz der Mühle verortet sein sollten. Der Besitzer der Mühle wies die „Kriminalbeamten“ jedesmal ab. Nachforschungen nach diesen Leuten sind im Gange, auch darüber, ob wirklich Geld in der Mühle vergraben ist, wie ein hiesiger Strafgefangener in einem Brief an einen Freund berichtet hat.

Diebstahl. Gestohlen wurde am 27. d. M. eine silberne Herrenuhr mit Silberner Kette. Auf dem Dede der Uhr ist der Name „Friedrich Schnell“ eingraviert. — Am 28. d. M. wurden am Plage aus einer Kasse gestohlen: ein buntes blaues Herrenanzug mit zwei Reihen Knöpfen, für eine große Figur passend, drei weiße Herren-Overcoats mit dem Zeichen der Wäschefabrik Baum dahier, ein silbernes Zigarettenetui mit Manicomm S. B. und ein Paar gelbe sowie ein Paar schwarze Herren-Schuhleiste, Größe 41. Wer über den Diebstahl Auskunft geben kann, möge es bei unserer Kriminalpolizei tun.

Der Bund deutscher Zimmermeister wird in den Tagen des 27. und 28. August d. J. seine diesjährige Hauptversammlung in Darmstadt abhalten und eine Reihe wichtiger Berufs- und Wirtschaftsfragen erledigen.

Vorbereitung über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Reisende-Theater. Infolge eingetretener großer Störungen kann die hier morgen Samstag angelegte Eröffnung von „Der Eigenprimas“ nicht stattfinden. Dafür gelangt „Häute im Park“ zur Aufführung, während am Sonntag „Das Glückseligkeit“ gegeben wird. Am Montag findet die letzte Aufführung von „Die Frau im Hemd“ statt, in der sich Helene Wilma Warbach vom hiesigen Publikum verabschiedet. Die Eröffnung von „Der Eigenprimas“ findet Mittwoch, den 4. August, statt.

Aus dem Vereinsleben.

Der Ratschreiberverein „Eg. Schnell“ unternimmt am kommenden Sonntagnachmittag einen Familienausflug ins Goldsteintal und hält dort in dem (schon) gelassenen Restaurant „Schützenhaus“ ein. Die Abgangsstunden, in denen sich für das Mittagsessen auf den Bergabgang anfangs September geübt wird, finden regelmäßig am Samstagabend statt.

Der Männergesangsverein „Cäcilia“ unternimmt am Sonntag (1. August) einen Tagesausflug mit Familie nach Eppstein i. T. Gemeinamte Abfahrt vormittags 7.30 Uhr ab Hauptbahnhof nach Haringen-Weidenbach.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

wo. Biebrich, 30. Juli. Der Magistrat (Erwerbslosen-Fürsorge) macht bekannt: Da hier wohnende Arbeitnehmer, die in Bezirken anderer Gemeinden beschäftigt waren, zwecks Freimachung von Arbeitsstellen für dort einheimische Arbeitkräfte aus ihrer Arbeitsstelle entlassen worden sind, sehen wir uns genötigt, zur Verringerung der Zahl der hiesigen Erwerbslosen die gleichen Maßnahmen auch für den hiesigen Stadtbezirk durchzuführen, soweit bei dem hiesigen Arbeitsamt geeignete Ersatzkräfte für die frei zu machenden Stellen nachgewiesen werden können. — Der Gesangsverein „Eintracht“ bezieht am Samstag dieser Woche und Sonntag sein wöchentliches Stützpunkt durch Kommissar, akademische Feier, Konzert und Ball.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die Zentrale in den Hühner-Industrien. Die Zentrale in den Hühner-Industrien, die am 29. Juli. Die tumultuarischen Ausdrücke vor der Direktion der Hühnerwerke damals Meister, Lucius u. Bräutigam haben heute fast nach Mittag ihren Abschluß gefunden. Die Direktion sagte zu, daß in den Betrieben, in denen die Hühner-Industrie nach nicht eingeführt ist, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den Hühner-Industrien zugewandt werden. Die durch die heutigen Bergänge entgangenen Lohnausfälle soll das Werk tragen. Aber die Frage einer Lohnverhöhung wird morgen verhandelt. Bedauerlicherweise wurden einige hervorragende Mitglieder der Direktion von den Arbeitern in schwerer Mißhandlung, daß die Herren voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein werden.

Ein Hühnerindustrialist. Ein Hühnerindustrialist, der Kaufmann Karl Rabinstein, Friedensstraße, ein Bruder des vor einigen Monaten bei Gmüden ermordeten Hühnerindustriellen Rabinstein, pflegte als Betrugspolizist die Entgegennahme fingierter Kennzeichentafeln. Damit hat er zahlreiche hiesige Geschäftsleute um Tausende betrogen. Gewisse Hühnerindustrialisten haben Haftbefehle wegen Offendbarungsgeheim.

Samstag 31 Juli

Grosser Reste-Verkauf

Wir verkaufen die während der Saison angesammelten Reste und Abschnitte in Waschstoffen, Wollstoffen, Seide und Baumwollwaren zu erstaunlich billigen Preisen.

K 167

BLUMMENTHAL

Wiesbadener Zitherkranz Gegr. 1908. Sonntag, den 1. August 1920: 14. Stiftungsfest KONZERT TANZ Anfang 3 Uhr auf der KLOSTERMÜHLE.

Morgen Samstag, den 31., ab 6 Uhr: A.H.O. Café Orient Sommerfest.

Jahn's Weinstube. Michelsberg 10. Bes.: Heinz Jahn. Telefon 4921. Angenehme kühle Lokalitäten. Nebenzimmer. Im Ausschank: ff. 1919er Weißwein das Glas 4.- Mk. 1918er Rotwein " " 5.50 " sow. la Flaschenweine auch üb. d. Straße.

Badhaus zum Bären Kl. Webergasse 2/4 Bärenstraße 3. Eigene Thermal-Quelle im Hause. 780 Thermalbäder direkt aus der Quelle. Kohlensäure-Bäder, elektr. Lichtbäder, Sauerstoffbäder. Fango-Behandlung. Trink-Kur. Hohe luftige Badehalle. Ruheräume.

Höchst prämierte Hunde-Züchtere! C. Burger, Leonberg, Württemberg! F 81 Gegen Mord u. Einbruch! Empfehle noch eine Partie scharfe Rottweiler, Deutsche Schäferhunde, Dohrmänner, Foxterrier, Rattenfänger, Löwenspitzer, Deutsche Pinscher, kleinste Salonhündchen.

Geschäfts-Empfehlung! Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Vaters in unveränderter Weise weiterführe und bitte, das meinem Vater entgegengebrachte Vertrauen, auch auf mich übertragen zu wollen. Achtungsvoll Franz Kilp Gneisenaustr. 4 Bau- und Möbelschreinererei

Für Freigeldbetriebe im bes. Gebiete biete freibleibend ab Lager Maloz an: Ia Weindestillat ca. 60% per Liter reinen Alkohol Mk. 80. in Fassern von 600 Lit. an, in Gebinden von 100 Lit. per Liter r. A. Mk. 81. Franz Schulz Weinkommission Wiesbaden Adelheidstr. 95.

Herren-Sohlen 34.- Mk. Damen-Sohlen 27.- Mk. Prima Arbeit, garantiert anerkannt. Schuhmacherei Simon Römerberg 39, 1. Stock, Ecke Röderstraße.

Elektr. Kochtöpfe, Platten, Herde, Bügeleisen, Haartrockner. 781 Flack, jetzt: Luisenstr. 25, gegenüb. d. Realgym.

Empfehle als preiswert: Prima Kokoschmalz per Pfund Mk. 12.50. Prima prima blütenweißes Schweineschmalz per Pfund Mk. 17.- Corned beef große Dosen, 5 1/2, Pfd. netto, la Dual, p. Stück Mk. 72.- Metzgerei Baum, Welltrichstraße Ecke Schwalbacher Straße.

Günstige Gelegenheit! Für sofort! 1. Mehrere Waggons kristall. Zucker 2. Große Mengen Schokolade (amerikan. Marken) Mandel-Creme u. a.

Mr. E. Jordjman, Hotel zum Kranz, Kranzplatz. "Das Zahnpulver Nr. 23" sch. gelb, die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftl. Grundlage nach Zahnarzt Paul Zahn in 2 Packungen: "Rosa": erhält die Zähne gesund und blendend weiß; "Weiß": zahnteilbleichend, reinigend. Man verlange Nr. 23 mit Namenszug ausdrücklich Zahnarzt P. Zahn. In Wiesbaden in den Drogerien von P. Höggen, L. Kimmel, A. Petermann, W. Wagenheimer.

Monopol Wilhelmstr. 8, Tel. 598 Der spannende Film I der Maxim-Klasse: Die Verführten. Große Sittentragödie in 6 Akten nach dem gleichnamig Roman von Hans Hyan. La-tiz. Belprogramm. Spielzeit tagl. 3.10 1/2.

Bohnen-schneidmaschinen in großer Auswahl. Schürfen von Bohnen-schneidmaschinen innerh. eines Tages. G. Eberhardt, Rescherstr. 46.

Ia Staub-Öl Friedensqualität Liter Mk. 10.50 Fußboden-Lackfarben Kilo Mk. 15.- bis Mk. 20.- Gelfarben in Friedensware. Drogerie Alexi Michelsb. 9. Tel. 652.

Erstklassige Polsterarbeiten Neu beziehen u. Umändern v. Polstermöbeln u. Bett. übernehmen während der stillen Geschäftszeit bei aus. Berechnung 777 Gebrüder Leicher, Dramenstr. 6, T. 3319. Frisierhaube für Herren. Parfümerie Wistätter, Ecke Lang- u. Webergasse. Seifenstein empf. Rich. Seb. Rhein-str. 101. 871

Netze Hauben-2 K große Stirn-2.75 K Dette, Michelsberg 6.

Früh eingetroffen: Schweizerkäse Gouda-Käse, vollfett. Edamer Käse, vollfett. Brie-Käse. Cheddar-Käse. Kond. Vollmilch. Kartoffelmehl. D. Fuchs, Saalgasse 4, Tel. 475.

Wetter eingetroffen: 2 Waggon Holländer Frühkartoffeln Pfd. Mk. 1.15 im Ztr. billiger. Lad. Marktpl. 3. Büro u. Lager: Seibrichstraße 8, Tel. 2058.

Feines großes Tafelobst Bld. 1.50 Mk. bei Meyer, Westpöller Str. 3, Bld. 1. Anzündholz trocken, fein gespalten, 6 Stk. 6 Mk. Weimer, Ludwigstr. 6, Telefon 2614. Haubennege 2.40, gr. Stirnnege 2.75. Kistel, Rikolasstraße 8.

Gut. Brüheler Treppenanläufer zu perf. Kamtosh. Rüdertstraße 1. Bestgt. Samstag, 9 Uhr ab. 2 herrsch. Schlafzimmer Mahagoni u. Goldbirze, billig zu vk. Rosenkranz, Blücherplatz 3. Herrenzimmer bestehend a. Bücher-schrank, Schreibtisch, Schreibtisch, Tisch 2 Stühlen, 2765.- Eichen auf. Möbel-Suchdahl Wiesbaden Bäre-straße 4.

Trumeaupiegel 300 Mt., Borb. 75, Waschmangel 130, Gasgasmampe (Neu.) 65, Regulator-Uhren 95, Tisch - Ottoman 320, Tennissch. 15, Beist. 85, Damen - Babeanzug 30, Gattare mit Zubeh. 150, diverse Spiegel, Kinder-Sitz- u. Liegewagen zu verk. Holland, Sedanstr. 5. Damen- u. Herren-Had neue Bereif. für 720 u. 650 Mt. zu verk. Holland, Sedanstr. 5.

Tennis-schläger möglichst mit Spanner u. Säulen, zu kaufen gesucht. Preis-Ost. unter 3. 286 an den Tagbl.-Verlag. Gebr. Möbel aller Art u. gut erb. Nähmaschine zu kaufen ges. Schorndorf, Helenestraße 1, 1 St. Möbel gesucht! Kompl. Einrichtungen u. Einzelmöb. jed. Art. iop. Haus- u. Gebr. Gegenst. Möbelsager u. Gelegenheitsläufe 8. Graubner, Adlerstr. 3. Am Kaiserriedrich-Bad, Tel. 3346. Chaise, aus Friedenszeit aus Brindahnd zu kaufen gesucht. Angebote n. Michelsberg 22, P. 1.

Wellblechhalle für Auto, 3 m br., 5 m l. zu kaufen gesucht. Off. mit Preis an Postfach 102, Wiesbaden. Fabren aller Art, auch nach auswärt. über-nimmt. Buttner, Scharnborststraße 34. Fabren mit Pferd u. leicht. Feder-rolle werd. angenommen. Weininger, Mauritiusstr. 4, Möbelschäft. Gedekte Halle od. Scheune zum Unter-fellen von 2 Lastautos (auch Betr.) zu miet. ges. Postfach 102, Wiesb.

Berlora 1 neuer Damen-Schirm liehen gelast. von Tagbl.-Haus bis Marktstr. Ab-zugeben bei Madaner. Ein Regenjarm mit silb. Griff ist Mon-tag abend beim Konzert im Kurhaus auf einer Bank liegen geblieben. Der ehrl. Finder wird ge-beten, ihn geg. gute Bel. abzugeben bei Frau Adam, Kaiser-Str. Ring 71.

Gute Belohnung! Briefstache mit Geld u. Pak abhand. gekommen. Denz, Rikolasstraße 17. Mittwoch abend im Kurhaus zwei Sätrme liehen gelassen. Gegen Belohnung abzugeben, Doh-beimer Straße 40, 1. Foxterrier entlaufen. Geg. Bel. abs. Friedrich-Langstraße 12.

Statt Karten! Helga Renate Müller ist angekommen. In Freude und Dankbarkeit Polizeikommissar Roderich Müller und Frau Ull, geb. Wolf.

Maria Presber Marcel Declereq Verlobte. Wiesbaden Platter Str. 28. Paris 29 Boulevard St. Antoine.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser herziges Kind und liebes Schwesterchen Mariechen sanft entschlafen ist. Die trauernden Eltern: Familie Kunz u. Gohelmann. Wiesbaden, Adlerstr. 11, P., 29. Juli 1920. Beerdigung: Samstagmittag 3 Uhr Südfriedhof.

Gestern abend ist unsere liebe, trennsorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Frau Wilhelmine Fein, Wwe. geb. Werner nach längerem Leiden sanft entschlafen. Die trauernden Hinterbliebenen: Wilhelm Fein, Kammermusiker Georg Fein, Kammermusiker Emma Michaelis, Wwe., geb. Fein Marie Fein, geb. Kigel und 2 Enkelkinder. Wiesbaden, Hellmündstraße 48, Viebrich, den 29. Juli 1920. Die Einäscherung findet auf Wunsch der Verstorbenen in der Stille statt. Blumenpenden und Kondolenzbesuche werden dankend abgelehnt.

Am 29. d. Mts., vorm. 1 1/2, Uhr ent-schlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser innigstgeliebter Erich im zarten Alter von 6 1/2 Jahren. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Familie Hermann Ratto. Wiesbaden, Neugasse 15. Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 4 Uhr auf dem Friedhof in Sonnenberg statt.

Herzlichen Dank allen, die uns in unserer tiefen Trauer um den teuren Entschlafenen in so reichem Maße ihre Teilnahme bewiesen haben. Frau Margarete Warloff und Familie. Wiesbaden, den 30. Juli 1920. Adelheidstraße 92.